

Jan Wachter, M.Sc.

Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa - GWZO,
Leipzig

Zwischen Ökonomie, Versorgungssicherheit und Ökologie: Transformationen der Energiepolitik in Tschechien und der Slowakei (1960er bis 2004)

Das Ende des Transitvertrags zwischen dem ukrainischen Energieunternehmen Natosha und dem russischen Gaskonzern Gazprom zum 31. Dezember 2024 markierte eine entscheidende Zäsur in der Geschichte der europäischen Energieinfrastruktur. Erstmals seit dem Abschluss des Gasvertrags der UdSSR mit Österreich im Jahr 1968 fließt damit über einen längeren Zeitraum kein Gas mehr durch die in der Zeit des Staatssozialismus erbauten Gaspipelines nach (Ost-)Mitteleuropa.

Gleichzeitig importieren Binnenländer wie die Slowakei oder Ungarn auf der Grundlage einer Ausnahmeregelung im EU-Sanktionsregime weiterhin russisches Öl über den Südstrang der Družba-Pipeline, die bis April 2025 auch von Tschechien genutzt wurde. Dieser Umstand verdeutlicht, wie stark die Slowakei sowie – in geringerem Maße – auch Tschechien noch 35 Jahre nach dem Zerfall des Ostblocks auf Rohstoffimporte aus Russland angewiesen sind.

Die Beobachtung weist nicht nur auf die Langzeitwirkungen von (Energie-)Infrastrukturen hin, sondern wirft auch die Frage nach den Besonderheiten von Transformationsprozessen im Energiesektor auf. Diese werden – so die Ausgangshypothese des Projekts – sowohl im Spätsozialismus als auch während der Hinwendung Ostmitteleuropas zu Demokratie und Marktwirtschaft im Wesentlichen von den Konflikten zwischen drei sich zumindest teilweise widersprechenden Zielen geprägt.

Erstens stellt die Versorgungssicherheit mit Rohstoffen und Energie eine elementare Voraussetzung für das Funktionieren moderner Volkswirtschaften

ten dar. Sie ist unerlässlich zur Sicherstellung menschlicher Grundbedürfnisse und Teil der öffentlichen Daseinsfürsorge. Die Gewährleistung einer stabilen Energieversorgung ist daher ein prioritäres Ziel staatlicher Energie(sicherheits)politik.

Zweitens stellen Energiekosten hohe Aufwendungen für zentrale Industriezweige wie der Stahlindustrie dar, während die Verwertung fossiler Rohstoffe wie Erdöl und -gas beispielsweise in der chemischen Industrie essenziell ist. Daher besteht ein starkes politisches Interesse an der Nutzung möglichst preiswerter Energie- und Rohstoffquellen, um die volkswirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

Drittens verursacht die Nutzung fossiler Brennstoffe massive ökologische Schäden, die in den 1970er und 1980er Jahren vorrangig aufgrund der (regionalen) Luftverschmutzung, seit den 1990er Jahren durch ihren Beitrag zum (globalen) Klimawandel wahrgenommen und in der breiten Öffentlichkeit diskutiert werden.

Der Untersuchungszeitraum reicht vom Beginn des Imports von Brennstoffen in den 1960er Jahren bis zum Beitritt Tschechiens und der Slowakei zur Europäischen Union im Jahr 2004. Es wird davon ausgegangen, dass die entscheidenden Weichenstellungen im Zuge von drei zum Teil parallel verlaufenden energiepolitischen Transformationsprozessen erfolgten:

- a) Die kommunistische Tschechoslowakei versuchte nach den Ölpreiskrisen von 1973 und 1979 die steigenden Preise für sowjetisches Erdöl durch einen verstärkten Rückgriff auf eigene Braunkohle sowie den Bau von Kernkraftwerken zu kompensieren;
- b) Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Transformation seit 1989 veränderte die institutionellen Rahmenbedingungen und führte zu einer Dezentralisierung der Energiewirtschaft in kleinere Organisationseinheiten;
- c) Der EU-Beitritt machte Anpassungen der Energiepolitik an klima- und umweltpolitische Vorgaben sowie in Richtung Marktliberalisierung notwendig.

Das seit Oktober 2025 laufende Promotionsvorhaben untersucht, inwieweit die drei beschriebenen Transformationsprozesse nicht nur strukturell zusammenhängen, sondern auch durch miteinander verbundene Akteursnetzwerke vorangetrieben wurden. Im Rahmen der Projektpräsentation möchte

ich sowohl meinen analytischen Zugang als auch erste Forschungsergebnisse vorstellen. Aus einer langfristigen historischen Perspektive liegt der Fokus dabei auf der Rolle von Braunkohle und Nuklearenergie im tschechischen Energiemix sowie auf deren Bedeutung für die Debatten um Energiesicherheit und Dekarbonisierung im östlichen Europa.

Kontakt:

Jan Wachter, M.Sc.

Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa - GWZO,
Leipzig

jan.wachter.ext@leibniz-gwzo.de